

# Deutsches und Europäisches Verfassungsrecht I

Sydow / Wittreck

4. Auflage 2024  
ISBN 978-3-406-82430-2  
C.H.BECK

schnell und portofrei erhältlich bei  
[beck-shop.de](https://beck-shop.de)

Die Online-Fachbuchhandlung [beck-shop.de](https://beck-shop.de) steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen.

[beck-shop.de](https://beck-shop.de) hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird [beck-shop.de](https://beck-shop.de) für sein

umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.

Kurzlehrbücher  
für das juristische Studium

Sydow/Wittreck  
Deutsches und Europäisches Verfassungsrecht I

  
**beck-shop.de**  
DIE FACHBUCHHANDLUNG

**beck-shop.de**  
DIE FACHBUCHHANDLUNG

# Deutsches und Europäisches Verfassungsrecht I

## Prinzipien, Institutionen, Verfahren

Ein Studienbuch

von

**Dr. Gernot Sydow, M.A.**

und

**Dr. Fabian Wittreck**

beide Professoren an der Universität Münster

beck-shop.de  
DIE FACHBUCHHANDLUNG

4. Auflage, 2024



  
**beck.de** DIE FACHBUCHHANDLUNG

ISBN Print 978 3 406 82430 2

ISBN E-Book (ePDF) 978 3 406 82431 9

© 2024 Verlag C.H. Beck oHG

Wilhelmstraße 9, 80801 München

Druck und Bindung: Beltz Grafische Betriebe GmbH

Am Fliegerhorst 8, 99947 Bad Langensalza

Satz: Jung Crossmedia Publishing GmbH

Gewerbestraße 17, 35633 Lahnau

Umschlag: Martina Busch, Grafikdesign, Homburg Saar



[chbeck.de/nachhaltig](https://chbeck.de/nachhaltig)

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier  
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Alle urheberrechtlichen Nutzungsrechte bleiben vorbehalten.  
Der Verlag behält sich auch das Recht vor, Vervielfältigungen dieses Werkes  
zum Zwecke des Text and Data Mining vorzunehmen.

## Vorwort zur 4. Auflage

Diesem Lehrbuch über „Deutsches und Europäisches Verfassungsrecht“ liegt eine innovative Lehrkonzeption zu Grunde, die die juristische Fakultät der Universität Münster seit fast zehn Jahren erfolgreich praktiziert: Die Prinzipien, Institutionen und Verfahren des deutschen und des europäischen Verfassungsrechts werden gemeinsam dargestellt.

Studierende können sich dadurch direkt am Beginn ihres Studiums mit einem Denken im verfassungsrechtlichen Mehrebenensystem vertraut machen, anstatt zunächst mehrere Semester primär nationales Recht zu studieren, wie es in der Regel noch üblich ist. Ein solcher Studienverlauf bildet aber die historischen Entwicklungsschritte der europäischen Integration didaktisch einfach nach, anstatt den heutigen Rechtsstand von Anfang an in das Zentrum des Studiums zu stellen.

Das Lehrbuch hat den Anspruch einer systematischen und integrierten Darstellung des deutschen und des europäischen Verfassungsrechts. Es besteht daher nicht aus zwei nur lose miteinander verbundenen Einzelteilen. Stattdessen werden die deutsche und die europäische Rechtslage weitgehend gemeinsam dargestellt, sodass Gemeinsamkeiten und Unterschiede im direkten Vergleich erkennbar und Doppelungen entbehrlich werden.

Themenauswahl und Gewichtung folgen der Prüfungsrelevanz, die für das deutsche Verfassungsrecht insgesamt höher ist als für das Europarecht. Das Lehrbuch konzentriert sich auf verfassungstheoretische Grundlagen und in einem verfassungsdogmatischen Zugriff auf die zentralen Prinzipien, Institutionen und Verfahren. Im Mittelpunkt stehen die verfassungsrechtlichen Funktionen der Institutionen statt Einzelheiten von Kompetenzen und Verfahrensschritten.

Die Gesamtkonzeption des Lehrbuchs haben beide Autoren gemeinsam entwickelt. Von den einzelnen Kapiteln haben erarbeitet:

Gernot Sydow: §§ 1, 4, 5, 8, 10, 11, 15 und 16,

Fabian Wittreck: §§ 2, 3, 6, 7, 9, 12, 13, 14 und 17.

Das Lehrbuch wird nach demselben integrativen Konzept durch eine Darstellung der Grundrechte und Grundfreiheiten (Deutsches und europäisches Verfassungsrecht II, 2. Auflage 2022) von Niels Petersen und eine Fallsammlung ergänzt: Gernot Sydow, Fälle zum Europarecht, 1. Auflage 2022 (beides bei C. H. Beck). Parallel zur 4. Auflage entsteht eine türkische Übersetzung des vorliegenden Lehrbuchs.

Am Entstehen und an der Fortentwicklung dieses Lehrbuchs haben die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unserer Lehrstühle intensiv mitgewirkt, darunter viele Studierende, die das neue Lehrkonzept bereits aus ihren Vorlesungen und Arbeitsgemeinschaften kennen und ihre Erfahrungen und Erwartungen an ein modernes Lehrkonzept eingebracht haben. Unser Dank für die Mitwirkung an der 4. Auflage gilt Benedikt Hüls, Rasmus Kumlehn, Jannis Münster, Beyza Özbulut, Franziska Plachetka, Estelle Steidten und Elena Zuschlag (Institut für Öffentliches und Politik) sowie Selin Baydili, Gesa Kießling, Madeleine Lasserre, Carolin Nacke, Jan Niermann, Niklas Nottebom,

*Vorwort zur 4. Auflage*

---

Dr. Nicholas Otto, Fiona Pfaar, Vanessa Ritter, Paula Schöfisch, Elena Schöne,  
Dr. Alban Spielkamp, Lena Westphal, Friederike Wucherpennig und Beyza Yeşilyurt  
(Institut für Internationales und Vergleichendes Öffentliches Recht).

Münster, im Juni 2024

*Gernot Sydow  
Fabian Wittreck*

  
**beck-shop.de**  
DIE FACHBUCHHANDLUNG



# Inhaltsübersicht

Vorwort zur 4. Auflage .....	V
Inhaltsverzeichnis .....	IX
Abkürzungsverzeichnis .....	XXIX
Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur .....	XXXV
<b>1. Teil. Verfassung</b> .....	1
§ 1. Bezugspunkte des Verfassungsrechts .....	1
§ 2. Verfassunggebende Gewalt und Verfassunggebung .....	31
§ 3. Charakteristika des Verfassungsrechts .....	50
§ 4. Verhältnis von deutschem und europäischem Recht .....	66
<b>2. Teil. Prinzipien</b> .....	105
§ 5. Demokratie .....	105
§ 6. Rechtsstaat .....	140
§ 7. Bundesstaat, Sozialstaat, Republik, Säkularität .....	155
§ 8. Staatsaufgaben, Staatszielbestimmungen und Ziele der EU .....	170
<b>3. Teil. Institutionen</b> .....	181
§ 9. Parlamente .....	181
§ 10. Gubernative Organe mit Gesetzgebungsfunktionen .....	228
§ 11. Organe der Exekutive .....	242
§ 12. Gerichte .....	280
§ 13. Parteien als „am Verfassungsleben beteiligte Organe“ .....	299
<b>4. Teil. Verfahren</b> .....	321
§ 14. Verfassungsänderung .....	321
§ 15. Rechtsetzung .....	336
§ 16. Verwaltung .....	399
§ 17. Rechtsprechung .....	425
Sachverzeichnis .....	463

**beck-shop.de**  
DIE FACHBUCHHANDLUNG

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort zur 4. Auflage .....	V
Inhaltsübersicht .....	VII
Abkürzungsverzeichnis .....	XXIX
Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur .....	XXXV

## 1. Teil. Verfassung .....

### § 1. Bezugspunkte des Verfassungsrechts .....

I. Zugriffsweisen auf das Verfassungsrecht: Verfassungsdogmatik und Verfassungstheorie .....	1
II. Verfassungsbegriffe und Verfassungsfunktionen .....	3
1. Verfassung im formellen und im materiellen Sinn .....	4
a) Verfassung im formellen Sinn .....	4
b) Leistungsfähigkeit und Grenzen des formellen Verfassungsbegriffs .....	5
aa) Inkorporationstechniken .....	5
bb) Hypertextstruktur .....	6
c) Verfassung im materiellen Sinn .....	6
2. Funktionen der Verfassung .....	7
a) Verfassung als Organisationsstatut .....	8
b) Verfassung als Instrument der Herrschaftsbegründung, Herrschaftslegitimation und Herrschaftsbegrenzung .....	8
c) Programmatische Verfassung: Verfassung als Werteordnung ..	9
3. Folgen unterschiedlicher Verfassungsfunktionen für das Verhältnis von Verfassung und einfachem Recht .....	10
III. Verfassung und Staat .....	13
1. Verhältnis von Staat und Verfassung .....	13
a) Historische Perspektive .....	13
b) Rechtstheoretische Perspektive .....	13
c) Folgerungen für den Staatsbegriff .....	14
2. Bedeutung der Unterscheidung von Staat und Gesellschaft für die Verfassungsfunktionen .....	15
3. Verknüpfung von Verfassungsidee, Demokratie und Volkssouveränität .....	16
IV. Verfassung und Europäische Union .....	18
1. Kategorisierungsversuche für die Europäische Union .....	18
a) Bundesstaat und Staatenbund als Kategorien des 19. Jahrhunderts .....	18
b) Die Europäische Union als Staatenverbund oder Verfassungsverbund .....	19
c) Die Europäische Union als Netzwerk oder als Mehrebenenorganisation .....	19
2. Aspekte der europäischen Verfassungsfrage .....	20
3. Beurteilungskriterien .....	22
a) Terminologisch: fehlende Verfassungsterminologie .....	22

b) Formal: Vertragscharakter, Vorrang und Änderungsfestigkeit der Unionsverträge . . . . .	23
aa) Vertragscharakter des Primärrechts . . . . .	23
bb) Normhierarchischer Vorrang des Primärrechts . . . . .	25
cc) Erschwerte Abänderbarkeit des Primärrechts . . . . .	25
c) Funktional: Verfassungsfunktionen der Unionsverträge für die Europäischen Union . . . . .	25
d) Materiell: Die Unionsverträge als <i>contrat social</i> zwischen den Unionsbürgerinnen und -bürgern . . . . .	26
4. Ergebnis: Die Unionsverträge als Verfassung der Europäischen Union . . . . .	27
V. Klausurhinweise . . . . .	27
1. Klausurrelevante Themen und Fragestellungen . . . . .	27
2. Aufbauhinweise . . . . .	28
3. Prüfschemata . . . . .	29
<b>§ 2. Verfassunggebende Gewalt und Verfassunggebung . . . . .</b>	<b>31</b>
I. Verfassungstheoretische Grundbegriffe . . . . .	32
1. Souveränität . . . . .	32
2. Grundbegriffe: pouvoir constituant und pouvoirs constitués . . . . .	33
3. Das Staatsvolk als verfasste Gewalt . . . . .	34
4. Staatsangehörigkeit und Unionsbürgerschaft . . . . .	35
a) Staatsangehörigkeit als Zugehörigkeitstitel . . . . .	35
b) Staatsangehörigkeit unter dem Grundgesetz . . . . .	35
c) Die Unionsbürgerschaft . . . . .	37
II. Das Grundgesetz als Verfassung der Bundesrepublik Deutschland . . . . .	38
1. Erlass und Legitimationsgrundlagen des Grundgesetzes 1949 . . . . .	38
2. Das Grundgesetz als gesamtdeutsche Verfassung . . . . .	41
3. Art. 146 GG . . . . .	42
III. Die Verträge der Europäischen Union als Verfassungsrecht der Europäischen Union . . . . .	43
1. Vertragliche Grundlagen . . . . .	43
a) Gründungsverträge und deren Zielsetzung . . . . .	43
b) EUV, AEUV und Grundrechte-Charta als geltendes Unionsverfassungsrecht . . . . .	46
2. Konzeptionelles Grundverständnis . . . . .	46
a) Die Mitgliedstaaten als „Herren der Verträge“ . . . . .	46
b) Die Europäische Union als autonome Rechtsordnung . . . . .	47
3. Beitritt zur Union (Art. 49 EUV) . . . . .	48
4. Möglichkeit des Austritts aus der Union (Art. 50 EUV) . . . . .	48
IV. Klausurhinweise . . . . .	49
<b>§ 3. Charakteristika des Verfassungsrechts . . . . .</b>	<b>50</b>
I. Normativität der Verfassung . . . . .	50
1. Verfassungsrecht als unmittelbar geltendes Recht . . . . .	50
2. Rechtstheoretische Unterscheidung von Regeln und Prinzipien . . . . .	52
3. Präambeln . . . . .	53

a)	Normativität der Präambel des Grundgesetzes . . . . .	54
b)	Normativität der Präambeln der Verträge der Union . . . . .	54
c)	Insbesondere: Der „Präambelgott“ . . . . .	54
II.	Vorrang des Verfassungsrechts . . . . .	55
1.	Normenhierarchie im nationalen Recht . . . . .	55
a)	Geltungsvorrang der Verfassung vor dem einfachen Recht . . . . .	56
b)	Anwendungsvorrang des einfachen Rechts vor der Verfassung . . . . .	57
c)	Verfassungskonforme Auslegung des einfachen Rechts . . . . .	58
2.	Europäisches Primär- und Sekundärrecht . . . . .	60
III.	Methoden der Verfassungsinterpretation . . . . .	61
1.	Auslegung des Grundgesetzes . . . . .	61
2.	Auslegung des europäischen Primärrechts . . . . .	63
IV.	Klausurhinweise . . . . .	65
<b>§ 4.</b>	<b>Verhältnis von deutschem und europäischem Recht . . . . .</b>	<b>66</b>
I.	Einführung . . . . .	66
1.	Themen und Fragestellungen . . . . .	66
2.	Ausgangspunkte . . . . .	67
3.	Gründe für die Komplexität des Verhältnisses von deutschem Recht und Unionsrecht . . . . .	69
II.	Das Verhältnis zum nationalen Recht aus der Perspektive des Unionsrechts . . . . .	69
1.	Verpflichtung der Mitgliedstaaten auf die Werte der Union . . . . .	69
a)	Unionsverfassungsrechtliche Grundlage, Art. 2 EUV . . . . .	69
b)	Sanktionsmechanismen bei Rechtsstaatsdefiziten und Verletzung fundamentaler Grundsätze . . . . .	70
aa)	Politische und justizielle Sanktionsmechanismen . . . . .	70
bb)	Fiskalische Durchsetzung von Rechtsstaatsanforderungen . . . . .	71
2.	Unmittelbare Anwendbarkeit und Anwendungsvorrang des Europarechts . . . . .	72
a)	Begründungsansatz: Das Unionsrecht als autonome Rechtsordnung . . . . .	72
b)	Unmittelbare Anwendbarkeit des Unionsrechts . . . . .	73
aa)	Unmittelbare Anwendbarkeit des Primärrechts . . . . .	73
bb)	Unmittelbare Anwendbarkeit von Verordnungen . . . . .	74
cc)	Umsetzungsbedürftigkeit von Richtlinien . . . . .	75
dd)	Unmittelbare Wirkung von Richtlinien in Ausnahmefällen . . . . .	76
c)	Anwendungsvorrang des Unionsrechts . . . . .	77
aa)	Teleologische Begründung der Vorrangdoktrin durch den EuGH . . . . .	77
bb)	Beschränkung der Vorrangdoktrin auf Anwendungsvorrang . . . . .	78
cc)	Vertiefung: Unterscheidung von Anwendungs- und Geltungsvorrang . . . . .	78
d)	Positivierungsansätze für die Lehre vom Anwendungsvorrang . . . . .	80
e)	Verhältnis von Anwendungsvorrang und Sperrwirkung der Kompetenzen der Europäischen Union . . . . .	81

III. Das Integrationsverfassungsrecht des Grundgesetzes . . . . .	81
1. Integrationsauftrag: Staatsziel Europäische Union . . . . .	81
2. Integrationsvoraussetzung: Strukturparallelität der Europäischen Union zum Grundgesetz . . . . .	82
3. Integrationsverfahren zur Übertragung von Hoheitsrechten an die Europäische Union . . . . .	83
a) Bundeskompetenz für den Vertragsabschluss . . . . .	83
b) Erfordernis eines Vertragsgesetzes . . . . .	83
aa) Funktionen des Vertragsgesetzes . . . . .	83
bb) Erforderlichkeit eines Vertragsgesetzes . . . . .	84
cc) Erfordernis qualifizierter Mehrheiten für Vertragsgesetze . .	85
c) Materielle Bindungen bei der Übertragung von Hoheitsrechten an die Europäischen Union . . . . .	86
4. Unmittelbare Anwendbarkeit und Anwendungsvorrang des Unionsrechts aus der Perspektive des Grundgesetzes . . . . .	88
a) Erfordernis eines Rechtsanwendungsbefehls für die innerstaatliche Anwendbarkeit . . . . .	88
b) Innerstaatlicher Rang des Unionsrechts: grundsätzliche Akzeptanz des Anwendungsvorrangs . . . . .	88
c) Grenzen des unionsrechtlichen Anwendungsvorrangs im deutschen Recht . . . . .	89
aa) Verfassungsrechtliche Grundlagen für Begrenzungen des unionsrechtlichen Anwendungsvorrangs . . . . .	89
bb) Grundrechtsvorbehalt (Solange-Rechtsprechung) . . . . .	91
cc) Kompetenzvorbehalt (ultra-vires-Kontrolle) . . . . .	93
dd) Identitätskontrolle . . . . .	93
ee) Verhältnis der Kontrollvorbehalte des Bundesverfassungsgerichts untereinander . . . . .	94
5. Vereinbarkeit der Kontrollansprüche des Bundesverfassungsgerichts mit dem Unionsrecht . . . . .	94
a) Inhaltliche Unvereinbarkeit nationaler Kontrollvorbehalte mit Unionsrecht . . . . .	94
b) Prozeduralisierung des Konflikts: Das „Kooperationsverhältnis“ von Bundesverfassungsgericht und EuGH . . . . .	96
IV. Vertiefung . . . . .	98
1. Akteurszentrierte Betrachtung: Der Streit über den Anwendungsvorrang als gerichtlicher Kompetenzkonflikt . . . . .	98
2. Politische Wirkungen: Grundrechts- und Demokratiefortschritte durch gerichtliche Renitenz . . . . .	99
3. Verfassungstheorie: Möglichkeiten einer heterarchischen Rechtsquellenlehre . . . . .	100
V. Klausurhinweise . . . . .	102

<b>2. Teil. Prinzipien</b> .....	105
<b>§ 5. Demokratie</b> .....	105
I. Demokratie als Herrschaftsform .....	105
1. Kernelemente des Demokratieprinzips .....	105
2. Das Prinzip der repräsentativen Demokratie .....	107
a) Der Repräsentationsgedanke .....	107
b) Unterscheidung von Repräsentation und soziologischer Repräsentativität .....	108
c) Repräsentative und direkte Demokratie .....	109
3. Rechtfertigung und Grenzen des Mehrheitsprinzips .....	110
a) Rechtfertigung des Mehrheitsprinzips .....	110
b) Funktionen der Opposition im parlamentarischen Regierungssystem .....	111
c) Verfassungsrechtliche Grenzen des Mehrheitsprinzips .....	112
aa) Funktionen verfassungsrechtlicher Grenzen des Mehrheitsprinzips .....	112
bb) Instrumente zur Begrenzung des Mehrheitsprinzips .....	113
4. Verhältnis von Demokratieprinzip und Rechtsstaatlichkeit .....	114
a) Verhältnis in funktionaler Perspektive .....	114
b) Verhältnis in historischer Perspektive .....	114
aa) Demokratie und Rechtsstaat in Deutschland .....	114
bb) Demokratisierung und Rechtsstaatlichkeit im Prozess der europäischen Integration .....	115
II. Die Demokratiekonzeption des Grundgesetzes .....	115
1. Konsequente Entscheidung für eine repräsentative Demokratie ..	115
a) Ebene des Bundes .....	115
b) Ebene der Bundesländer .....	117
2. Anforderungen an die demokratische Legitimation aller Staatsgewalt .....	117
a) Parlamentswahlen und Parlament als zentrale Legitimationsmittler .....	117
b) Legitimationsstränge: institutionelle, personelle und sachliche Legitimation .....	118
aa) Grundformen demokratischer Legitimation .....	118
bb) Komplementarität der Legitimationsstränge .....	119
c) Erfordernis ununterbrochener Legitimationsketten .....	119
aa) Entstehung von Legitimationsketten über das Parlament ..	119
bb) Verbot des Dazwischentretens anderer Entscheidungsträger	120
cc) Verbot ministerialfreier Räume .....	121
3. Kritik an der Einseitigkeit dieses Legitimationsmodells .....	122
a) Historische Bedingtheiten dieses Legitimationsmodells .....	122
b) Alternative Legitimationsmodi .....	123
c) Vermittelnde Auffassungen: Komplementarität unterschiedlicher Legitimationsmodi .....	123
4. Subjektivierung des Demokratieprinzips .....	124
III. Demokratische Legitimation der Europäischen Union .....	125
1. Das Gebot demokratischer Verfasstheit der Europäischen Union ..	125

2. Strukturelle Voraussetzungen supranationaler demokratischer Legitimation	125
3. Parlamentarische Legitimation der Europäischen Union	127
a) Dualistisches Legitimationskonzept	127
b) Staatsvölker und Unionsbürgerinnen und -bürger als eigenständige Legitimationssubjekte	128
c) Vermittlungswege parlamentarischer Legitimation	130
aa) Legitimation über das Parlament der Europäischen Union	130
bb) Legitimation der Europäischen Union über die mitgliedstaatlichen Parlamente	130
4. Alternative und ergänzende Legitimationskonzeptionen für die Europäische Union	131
a) Ansatzpunkte	131
b) Transparenz und Dialog	131
c) Formen direkter Demokratie auf europäischer Ebene	132
d) Legitimation der Europäischen Union durch <i>output</i> -Legitimation?	133
IV. Demokratie als Integrationssschranke oder Integrationsgebot	135
1. Demokratie als Schranke der europäischen Integration	135
2. Demokratie als Integrationsgebot	137
V. Klausurhinweise	138
<b>§ 6. Rechtsstaat</b>	140
I. Gewaltenteilung	141
1. Verschränkung der Gewalten unter dem Grundgesetz	142
2. Gebot des institutionellen Gleichgewichts der Institutionen der Union	144
II. Vorrang und Vorbehalt des Gesetzes	145
1. Vorrang des Gesetzes	146
2. Vorbehalt(e) des Gesetzes	146
III. Rechtssicherheit	148
1. Rechtsklarheit	149
2. Rückwirkungsverbot	149
IV. Verhältnismäßigkeit	150
V. Die Europäische Union als Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts	152
VI. Klausurhinweise	153
<b>§ 7. Bundesstaat, Sozialstaat, Republik, Säkularität</b>	155
I. Bundesstaat	155
1. Verfassungsautonomie der Länder und Homogenitätsgebot	156
2. Die Bundestreue	158
3. Unitarisierung vs. Wettbewerbsföderalismus	160
4. Neugliederung (Art. 29 GG)	161
II. Sozialstaat	161
1. Materieller Gehalt	162
2. Bindungs- und Rechtswirkung	163



3. Die Europäische Union als soziale Union . . . . .	163
III. Republik . . . . .	164
1. Formelles Republikverständnis . . . . .	164
2. Materielle Gehalte des Republikprinzips? . . . . .	164
IV. Säkularität staatlicher Gewalt . . . . .	165
V. Klausurhinweise . . . . .	169
<b>§ 8. Staatsaufgaben, Staatszielbestimmungen und Ziele der EU . . . . .</b>	<b>170</b>
I. Unterscheidung von Staatszielbestimmungen, Staatsaufgaben und Zielen der Union . . . . .	170
II. Staatsaufgaben . . . . .	171
1. Staatsaufgabenlehren . . . . .	171
2. Verfassungsrechtliche Determinanten für Staatsaufgaben . . . . .	171
a) Staatliche Omnipotenz . . . . .	171
b) Verfassungsrechtliche Grenzen für die Begründung von Staatsaufgaben . . . . .	172
c) Verfassungsrechtliche Pflichten zur Erfüllung bestimmter Mindestaufgaben . . . . .	172
d) Kernbestand an Staatsaufgaben als Grenze der europäischen Integration? . . . . .	172
III. Staatszielbestimmungen . . . . .	173
1. Bindungswirkung von Staatszielbestimmungen . . . . .	173
2. Einzelne Staatszielbestimmungen . . . . .	174
a) Staatszielbestimmungen im Grundgesetz . . . . .	174
aa) Umwelt- und Tierschutz (Art. 20a GG) . . . . .	174
bb) Frieden und europäische Integration . . . . .	175
cc) Gebot der Frauenförderung . . . . .	176
b) Staatszielbestimmungen in den Landesverfassungen . . . . .	176
IV. Ziele und Finalität der Europäischen Union . . . . .	176
1. Friedensziel und gemeinsame Sicherheitspolitik gegenüber Drittstaaten . . . . .	176
2. Wirtschafts- und finanzpolitische Ziele . . . . .	177
a) Binnenmarkt (Art. 3 Abs. 3 UAbs. 1 EUV) . . . . .	177
b) Wirtschafts- und Währungsunion (Art. 3 Abs. 4 EUV) . . . . .	177
3. Rechtsstaatliche und sozialpolitische Ziele . . . . .	178
4. Finalität der Europäischen Union: Ziel einer immer engeren Union? . . . . .	179
V. Klausurhinweise . . . . .	179
<b>3. Teil. Institutionen . . . . .</b>	<b>181</b>
<b>§ 9. Parlamente . . . . .</b>	<b>181</b>
I. Funktionen und Kompetenzen von Deutschem Bundestag und Europäischem Parlament . . . . .	181
1. Repräsentation . . . . .	182
2. Wahl und Kreation . . . . .	183
a) Wahl- und Kurationsrechte des Bundestages . . . . .	183
b) Wahl- und Kurationsrechte des Europäischen Parlaments . . . . .	185

3. Gesetzgebung	186
4. Budgetrecht	187
a) Bundestag	187
b) Europäisches Parlament	189
5. Kontrolle der Exekutive	189
a) Instrumente parlamentarischer Kontrolle der Exekutive	189
b) Untersuchungsrecht	191
6. Mitwirkung des Bundestages in Angelegenheiten der Europäischen Union	192
II. Parlamentswahlen	194
1. Wahlen zum Deutschen Bundestag	194
a) Wahlrechtsgrundsätze	194
aa) Allgemeinheit	195
bb) Unmittelbarkeit	195
cc) Freiheit	196
dd) Gleichheit	196
ee) Geheimheit	198
ff) Öffentlichkeit	198
gg) „Grundrecht auf Demokratie“	199
b) Wahlsystem	199
c) Wahlprüfung	202
2. Wahlen zum Europäischen Parlament	203
a) Sitzverteilung nach ponderiertem Schlüssel	203
b) Wahlberechtigung von Unionsbürgerinnen und Unionsbürgern	205
III. Auflösungsrecht	206
1. Deutscher Bundestag	206
2. Europäisches Parlament	208
IV. Struktur und Arbeitsweise der Parlamente	208
1. Struktur und Arbeitsweise des Bundestages	208
a) Legislaturperiode und Diskontinuität	208
b) Geschäftsordnung	209
c) Abgeordnetenrechte	210
aa) Freiheit und Gleichheit des Mandats (Art. 38 Abs. 1 S. 2 GG)	210
bb) Immunität und Indemnität (Art. 46 GG)	214
cc) Zeugnisverweigerungsrecht und Beschlagnahmeverbot (Art. 47 GG)	216
dd) Die Rechte nach Art. 48 GG	217
ee) Rechtsschutz des Abgeordneten	220
d) Fraktionen	220
e) Ausschüsse	222
f) Präsidium und Ältestenrat	224
2. Struktur und Arbeitsweise des Europäischen Parlaments	225
a) Rechtsgrundlagen	225
b) Binnenorganisation	225
c) Sitz und Arbeitsorte	226
V. Klausurhinweise	226

<b>§ 10. Gubernative Organe mit Gesetzgebungsfunktionen</b> .....	228
I. Bundesrat und Rat der Europäischen Union als Ausdruck von Gewalten- und Ebenenverschränkungen .....	228
1. Strukturelle Gemeinsamkeiten zwischen Bundesrat und Rat der Europäischen Union .....	228
2. Zielsetzung und Gründe der Gewalten- und Ebenenverschränkungen .....	230
3. Folgen und Gegenstrategien .....	230
II. Bundesrat .....	231
1. Besetzung des Bundesrats .....	231
2. Funktion im Rahmen des Gewaltenteilungskonzepts .....	232
3. Kompetenzen des Bundesrats .....	233
a) Mitwirkung an der Bundesgesetzgebung .....	234
b) Mitwirkung an der Verwaltung des Bundes .....	234
c) Mitwirkung in Angelegenheiten der Europäischen Union (Art. 23 Abs. 4–6 GG) .....	234
4. Arbeitsweise des Bundesrats .....	234
a) Geschäftsordnung .....	234
b) Abstimmungsmodalitäten .....	235
III. Rat der Europäischen Union .....	235
1. Bezeichnung .....	235
2. Organisation des Rates .....	236
a) Zusammensetzung und Vorsitz .....	236
b) Ratsformationen in Abhängigkeit von der behandelten Materie	236
c) Landesministerinnen und Landesminister als deutsche Vertreterinnen und Vertreter im Rat .....	237
3. Kompetenzen des Rates .....	238
4. Arbeitsweise, Verfahren und Beschlussfassung .....	238
a) Tagungen des Rates .....	238
b) Vorbereitungs- und Unterstützungsgremien .....	239
c) Beschlussmehrheiten .....	239
IV. Klausurhinweise .....	240
1. Klausurrelevante Themen und Fragestellungen .....	240
2. Aufbauhinweise .....	241
 <b>§ 11. Organe der Exekutive</b> .....	 242
I. Probleme einer Definition der Exekutive .....	242
II. Bundespräsidentin bzw. Bundespräsident .....	244
1. Stellung, Funktion und Kompetenzen .....	244
a) Stellung und Funktion .....	244
b) Kompetenzen .....	245
c) Kompetenzausübung: gebundene Entscheidungen, Ermessen, Prüfungsrechte .....	246
aa) Rechtlich gebundene Handlungspflichten .....	246
bb) Formelles Prüfungsrecht in Bezug auf Bundesgesetze ...	246
cc) Materielles Prüfungsrecht in Bezug auf Bundesgesetze ...	246
dd) Prüfungsrecht am Maßstab des Unionsrechts .....	247

d) Kompetenzausübung: Gegenzeichnungspflicht	248
2. Wahl durch die Bundesversammlung	249
3. Vertretung der Bundespräsidentin bzw. des Bundespräsidenten	250
4. Präsidentenanklage	250
III. Bundesregierung	251
1. Rechtsgrundlagen	251
a) Grundgesetz	251
b) Gesetze über die Rechtsverhältnisse der Bundesministerinnen und Bundesminister und der Parlamentarischen Staatssekretärinnen und Staatssekretäre	251
c) GeschO der Bundesregierung	252
d) Koalitionsvereinbarungen	252
2. Stellung, Funktion und Kompetenzen	253
a) Stellung und Funktion	253
b) Kompetenzen	254
c) Pflicht zur Neutralität bei regierungsamtlichen Äußerungen	254
3. Bestellung der Bundesregierung und Beendigung der Amtszeit	256
a) Grundsätze	256
b) Wahl und Ernennung der Bundeskanzlerin bzw. des Bundeskanzlers	257
c) Ernennung der Bundesministerinnen und Bundesminister	258
d) Misstrauensvotum	258
e) Vertrauensfrage	259
f) „Unechte“ Vertrauensfrage	260
g) Kommissarische Weiterführung der Geschäfte	261
4. Struktur und Arbeitsweise der Bundesregierung	263
a) Struktur der Bundesregierung und Organisationskompetenz der Bundeskanzlerin bzw. des Bundeskanzlers	263
b) Arbeitsweise: Richtlinienkompetenz der Bundeskanzlerin bzw. des Bundeskanzlers, Ressortprinzip, Kollegialprinzip	264
aa) Richtlinienkompetenz des Bundeskanzlers	264
bb) Ressortprinzip	264
cc) Kollegialentscheidungen der Bundesregierung	265
c) Auskunftspflichten der Bundesregierung gegenüber dem Parlament	265
d) Öffentlichkeitsarbeit und Warnungen	266
IV. Europäischer Rat	267
1. Stellung, Funktion und Kompetenzen	267
a) Stellung im Institutionengefüge der Europäischen Union	267
b) Funktionen	267
c) Kompetenzen	268
2. Zusammensetzung	268
a) Staats- und Regierungschefinnen und -chefs	268
b) Präsidentin bzw. Präsident des Europäischen Rates	269
3. Arbeitsweise	269
V. Europäische Kommission	270
1. Stellung, Funktionen und Kompetenzen	270
a) Stellung und Funktionen	270

b) Kompetenzen	271
2. Struktur, Bestellung, Absetzung	272
a) Struktur der Kommission	272
b) Wahl der Kommissionspräsidentin bzw. des Kommissionspräsidenten	272
c) Ernennung der Kommissarinnen und Kommissare	274
d) Misstrauensantrag gegen die Kommission (Art. 17 Abs. 8 EUV, Art. 234 AEUV)	274
3. Arbeitsweise der Kommission	274
a) Arbeitsweise des Kollegiums der Kommissionsmitglieder	274
b) Generaldirektionen und Externalisierung von Verwaltungsaufgaben	274
VI. Weitere Exekutivorgane	275
1. Zentralbanken	275
2. Hohe Vertreterin bzw. hoher Vertreter für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik	276
3. Reformperspektive: Europäische Wirtschaftsregierung und Europäischer Finanzminister?	277
VII. Klausurhinweise	277
1. Klausurrelevante Themen und Fragestellungen	277
2. Aufbauhinweise	278
3. Prüfungsschema	279
<b>§ 12. Gerichte</b>	280
I. Struktur der deutschen Gerichtsbarkeit	280
1. Das Bundesverfassungsgericht	281
a) Rechtsquellen	281
b) Status und institutionelle Ausgestaltung	281
c) Landesverfassungsgerichte	283
2. Fachgerichtsbarkeiten	283
II. Struktur der europäischen Gerichtsbarkeit	285
1. Unionsgerichte	285
2. Funktion des Europäischen Gerichtshofs im Prozess der europäischen Integration	287
III. Bestellung und Rechtsstellung der Richter	288
1. Wahl der Richter des Bundesverfassungsgerichts	289
2. Bestellung der Richter des Europäischen Gerichtshofes	291
3. Bestellung der Richter der Fachgerichtsbarkeiten	292
4. Garantien richterlicher Unabhängigkeit	294
a) Das Konzept richterlicher Unabhängigkeit	294
b) Richterliche Unabhängigkeit unter dem Grundgesetz	295
aa) Sachliche Unabhängigkeit	295
bb) Persönliche Unabhängigkeit	296
cc) Institutionelle Sicherungen der Unabhängigkeit	296
c) Richterliche Unabhängigkeit im Unionsrecht	297
IV. Klausurhinweise	298

<b>§ 13. Parteien als „am Verfassungsleben beteiligte Organe“</b> .....	299
I. Begriff und Funktion von Parteien .....	299
1. Funktion .....	299
2. Parteibegriff .....	300
II. Verfassungsrechtliche Stellung unter dem Grundgesetz .....	302
1. Innere Ordnung .....	303
a) Demokratische Grundsätze .....	303
b) Parteiinterne Wahlen und Abstimmungen .....	303
c) Parteimitgliedschaft und – insbesondere – ihre Beendigung ...	305
d) Parteigerichtsbarkeit .....	306
2. Freiheit und Gleichheit .....	306
a) Freiheit .....	306
b) Gleichheit .....	307
3. Parteienfinanzierung .....	308
4. Parteiverbot .....	309
a) Parteiverbotsverfahren .....	309
b) Das Parteiverbot als Ausdruck „wehrhafter Demokratie“ .....	310
c) Die Verbotsvoraussetzungen .....	311
aa) Freiheitliche demokratische Grundordnung .....	311
bb) Partei .....	312
cc) Ziele .....	312
dd) Verhalten der Anhängerinnen und Anhänger .....	312
ee) Beseitigung/Beeinträchtigung .....	312
ff) Darauf Ausgehen .....	312
gg) Potentialität .....	313
d) Das Verbotsverfahren .....	313
e) Folgen des Verbots .....	313
f) Das Verfahren zum „Abgraben“ der finanziellen Mittel .....	314
g) Das „Verbotsprivileg“ .....	314
5. Rechtsschutz der Parteien .....	315
a) Organstreitverfahren .....	315
b) Verfassungsbeschwerde .....	315
c) Nichtanerkennungsbeschwerde .....	316
III. Verfassungsrechtliche Stellung der Parteien auf europäischer Ebene ..	317
IV. Klausurhinweise .....	318
<b>4. Teil. Verfahren</b> .....	321
<b>§ 14. Verfassungsänderung</b> .....	321
I. Änderung des Grundgesetzes .....	321
1. Verfahren der Verfassungsänderung .....	322
a) Textänderungsgebot (Art. 79 Abs. 1 S. 1 GG) .....	322
b) Zweidrittelmehrheit (Art. 79 Abs. 2 GG) .....	323
2. Materielle Grenzen der Verfassungsänderung (Art. 79 Abs. 3 GG) .....	324
3. Widerstandsrecht (Art. 20 Abs. 4 GG) .....	327
a) Standort und dogmatische Einordnung .....	327
b) Funktionen .....	328
aa) Symbolische Funktion .....	328

bb) Rechtfertigungs- und Restitutionsfunktion	328
c) Einzelfragen	328
d) Widerstandsrecht im Unionsrecht?	329
II. Änderung der EU-Verträge	329
1. Vertragsänderungsverfahren (Art. 48 EUV)	329
a) Ordentliches Änderungsverfahren (Art. 48 Abs. 2–5 EUV)	329
b) Vereinfachtes Änderungsverfahren (Art. 48 Abs. 6–7 AEUV)	330
aa) Verfahren nach Art. 48 Abs. 6 EUV	330
bb) Passerelle-Klausel (Art. 48 Abs. 7 EUV)	331
c) Grenzen der Vertragsänderung?	331
2. Grenzen für Kompetenzübertragungen aus dem nationalen Verfassungsrecht	332
3. Verfahren der vertieften Integration unterhalb der Vertragsänderung	333
a) Eigenmittel der Union (Art. 311 AEUV)	333
b) Kompetenzergänzungsklausel (Art. 352 AEUV)	333
c) Weitere niedrigschwellige Ergänzungsverfahren	334
III. Klausurhinweise	335
<b>§ 15. Rechtsetzung</b>	336
I. Bedeutung, Formen und Leitbilder der Rechtsetzung	336
1. Verhältnis von Legislative, Exekutive und Judikative	336
2. Rechtssetzungsakteure	337
a) Staatliche und supranationale Rechtsetzung	337
b) Private Rechtsetzung	338
c) Parlamentarische Gesetzgebung und Volksgesetzgebung	339
3. Ideale, Leitbilder und Rationalitätsansprüche an die Gesetzgebung	340
a) Kodifikationsideal	340
b) Formale, materielle und prozedurale Rationalitätsansprüche an die Gesetzgebung	341
c) Rechtsgrundlagen im deutschen Verfassungsrecht	342
aa) Normative Grundlagen	342
bb) Kritik	343
d) Rechtsgrundlagen im Europarecht	344
II. Verbandskompetenzen für die Gesetzgebung	345
1. Strukturelle Parallelen und Unterschiede zwischen europäischem und deutschem Verfassungsrecht	345
2. Grundsätze der supranationalen und innerstaatlichen Kompetenzverteilung	346
a) Grundsätzlich umfassende Kompetenzen des Staates	346
b) Aufteilung der Gesetzgebungskompetenzen zwischen Bund und Ländern	347
c) Prinzip der begrenzten Einzelermächtigung für die Europäische Union	348
3. Systematik und Anwendungsbereich der Kompetenzbestimmungen	349
a) Systematik der verfassungsrechtlichen Normierungen	349

aa)	Normierung der Gesetzgebungskompetenzen im Grundgesetz	349
bb)	Normierung supranationaler Gesetzgebungskompetenzen im Europarecht	350
b)	Anwendungsbereich der Kompetenzregelungen	351
4.	Kompetenzkategorien	352
a)	Ausschließliche Gesetzgebungskompetenzen	352
b)	Konkurrierende bzw. geteilte Gesetzgebungskompetenzen	353
aa)	Konkurrierende Gesetzgebung im Grundgesetz	353
bb)	Geteilte Zuständigkeiten im Unionsrecht	354
c)	Doppelzuständigkeiten	355
aa)	Abweichungskompetenzen der Bundesländer	355
bb)	Doppelzuständigkeiten von Europäischer Union und Mitgliedstaaten	356
d)	Unterstützungs-, Koordinierungs- und Ergänzungskompetenzen der Union	356
e)	Kompetenzergänzungsklausel, Kompetenzen kraft Sachzusammenhangs und kraft Natur der Sache	356
aa)	Bundeskompetenzen kraft Sachzusammenhangs	356
bb)	Bundeskompetenzen aus der Natur der Sache	357
cc)	Kompetenzergänzungsklausel für die Europäische Union	357
5.	Kompetenzausübungsregeln	358
a)	Bedeutung von Kompetenzausübungsregeln	358
b)	Erforderlichkeitsklausel, Art. 72 Abs. 2 GG	359
c)	Subsidiaritätsprinzip als Kompetenzausübungsregel	360
d)	Verhältnismäßigkeitsprinzip als Kompetenzausübungsregel	361
e)	Steuerung der Auswahl zwischen Richtlinie und Verordnung durch das Verhältnismäßigkeitsprinzip	361
6.	Prozedurale Absicherungen und Justitiabilität der Kompetenzregelungen	363
a)	Verhältnis prozeduraler und materiell-rechtlicher Sicherungsmechanismen	363
b)	Spezifische Begründungspflichten für Gesetzentwürfe der Europäischen Union	364
c)	Frühwarnmechanismus und Subsidiaritätsrüge	364
d)	Verfassungsgerichtliche Kontrolle der Kompetenzbestimmungen	364
III.	Gesetzgebungsorgane und Beteiligungsberechtigte	365
1.	Verhältnis von Verbands- und Organkompetenzen	365
2.	Recht der Gesetzesinitiative	366
a)	Gesetzesinitiativrecht für die Bundesgesetzgebung	367
b)	Gesetzesinitiativrecht für die Gesetzgebung der Europäischen Union	367
aa)	Initiativmonopol der Kommission als Regel	367
bb)	Initiativrechte anderer Akteure	368
cc)	Europäische Bürgerinitiative	368
3.	Organkompetenzen für die Bundesgesetzgebung	369
a)	Beschlusskompetenz des Bundestages	369



b)	Zustimmungs- und Einspruchsrechte des Bundesrats . . . . .	369
4.	Organkompetenzen und Beteiligungsrechte für die Gesetzgebung der Europäischen Union . . . . .	371
a)	Parlament und Rat als grundsätzlich gleichberechtigte Gesetzgeber . . . . .	371
b)	Anhörungsrechte des Wirtschafts- und Sozialausschusses und des Ausschusses der Regionen . . . . .	372
c)	Beteiligung nationaler Parlamente: Zielsetzung aus Perspektive der Europäischen Union . . . . .	372
d)	Beteiligung von Bundestag und Bundesrat: Zielsetzung des deutschen Verfassungsrechts . . . . .	373
IV.	Das Verfahren der parlamentarischen Gesetzgebung . . . . .	375
1.	Verfassungsrechtliche und soziologische Sicht auf das Gesetzgebungsverfahren . . . . .	375
2.	Lesungen und Ausschussberatungen von Gesetzentwürfen im Deutschen Bundestag . . . . .	376
a)	Lesungen und Ausschussberatungen im Deutschen Bundestag	376
b)	Folgen von Geschäftsordnungsverstößen . . . . .	377
2.	Beratung von Gesetzentwürfen der Europäischen Union . . . . .	378
a)	Lesungen und Ausschussberatungen nach Art. 294 AEUV . . . . .	378
b)	Ergänzung der Lesungen durch den Trilog . . . . .	378
aa)	Funktionsweise des Trilogs . . . . .	379
bb)	Primärrechtliche Zulässigkeit und Problematik . . . . .	379
cc)	Alternativen zum Trilog . . . . .	380
c)	Beteiligung des Bundestags an der Gesetzgebung der Europäischen Union . . . . .	380
d)	Beteiligung des Bundesrats an der Gesetzgebung der Europäischen Union (Art. 23 Abs. 4–6 GG) . . . . .	382
3.	Vermittlungsverfahren . . . . .	383
a)	Vermittlungsverfahren nach Art. 77 Abs. 2 GG . . . . .	383
b)	Vermittlungsverfahren nach Art. 294 Abs. 10–14 AEUV . . . . .	384
4.	Gesetzesbeschluss, Ausfertigung, Verkündung und Inkrafttreten der Gesetze . . . . .	384
a)	Gesetzesbeschluss (Art. 77 Abs. 1 GG) und Zustandekommen des Gesetzes (Art. 78 GG) . . . . .	384
b)	Prüfungsrecht des Bundespräsidenten vor Ausfertigung der Bundesgesetze . . . . .	384
c)	Unterzeichnung und Veröffentlichung europäischer Gesetze . . . . .	385
d)	Inkrafttreten: äußere und innere Wirksamkeit . . . . .	386
V.	Verfassungsrechtliche Vorgaben und Restriktionen exekutiver Rechtsetzung . . . . .	386
1.	Ziele und Legitimationsproblematik exekutiver Rechtsetzung . . . . .	386
2.	Formen exekutiver Rechtsetzung . . . . .	388
a)	Grundlagen . . . . .	388
b)	Gesetzesakzessorisches Exekutivrecht: Rechtsverordnungen, delegiertes Recht, Durchführungsrecht . . . . .	390
c)	Weitere Formen exekutiver Rechtsetzung . . . . .	392

3.	Verfassungsrechtliche Anforderungen an gesetzesakzessorische Rechtsetzung durch die Exekutive	392
a)	Anforderungen aus Art. 80 GG an den Erlass von Rechtsverordnungen	392
b)	Anforderungen aus Art. 290 AEUV an den Erlass delegierten Rechts	393
c)	Anforderungen aus Art. 291 Abs. 2 AEUV an den Erlass von Durchführungsrecht	394
VI.	Klausurhinweise	395
1.	Klausurrelevante Themen und Fragestellungen	395
2.	Aufbauhinweise	396
a)	Fälle zum Gesetzgebungsverfahren	396
b)	Fälle zur Überprüfung von Rechtsverordnungen	396
3.	Prüfchemata	397
<b>§ 16.</b>	<b>Verwaltung</b>	399
I.	Verwaltungskompetenzen	400
1.	Kompetenzielle Grundentscheidungen	400
2.	Verwaltungskompetenzen im Verhältnis zwischen Europäischer Union und Mitgliedstaaten	400
a)	Rechtsgrundlagen	400
b)	Indirekter Vollzug des Unionsrechts: Grundentscheidung für ein dezentrales Vollzugssystem	401
c)	Vertikale Zentralisierung: Verbandskompetenzen der Europäischen Union für den direkten Vollzug des Unionsrechts	403
d)	Horizontale Zentralisierung: Verwaltungskompetenzen im Verhältnis zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union	405
3.	Verwaltungskompetenzen im Verhältnis von Bund und Ländern	406
a)	Rechtsgrundlagen	406
b)	Obligatorische Bundesverwaltung	408
c)	Fakultative Bundesverwaltung	408
II.	Verfassungsrechtliche Vorgaben für die Verwaltungsorganisation	409
1.	Primärrechtliche Vorgaben für die Struktur der Verwaltung der Europäischen Union	409
a)	Die Kommission als Hauptverwaltungsorgan	409
b)	Primärrechtliche Grundlagen für die Errichtung Europäischer Agenturen	409
c)	Demokratische Legitimation des Organisationsmodells der Verwaltung der Europäischen Union	410
2.	Verfassungsrechtliche Vorgaben für die Struktur der Bundesverwaltung	411
a)	Errichtungs- und Leitungskompetenz der Bundesregierung	411
b)	Regelmäßige Beschränkung auf Bundesoberbehörden	412
III.	Ingerenzrechte der Europäischen Union und des Bundes beim Auseinanderfallen von Gesetzgebungs- und Verwaltungskompetenzen	413

1. Rechtfertigung von Ingerenzrechten gegenüber den Mitgliedstaaten bzw. Bundesländern	413
2. Unionsrechtliche Vorgaben für den mitgliedstaatlichen Vollzug des Unionsrechts	415
a) Grundsatz der institutionellen und verfahrensrechtlichen Autonomie der Mitgliedstaaten	415
b) Effektivitätsgebot als Grenze der mitgliedstaatlichen Autonomie	416
c) Durchführungsrecht als Instrument zur Steuerung des mitgliedstaatlichen Verwaltungsvollzugs	416
3. Steuerungs- und Aufsichtsrechte des Bundes gegenüber den Landesverwaltungen	417
a) Keine Vorgaben beim Vollzug von Landesgesetzen	417
b) Ingerenzrechte bei Ausführung der Bundesgesetze als eigene Angelegenheit der Länder	418
c) Ingerenzrechte bei Bundesauftragsverwaltung	418
d) Ingerenzbefugnisse des Bundes beim Vollzug des Unionsrechts durch die Länder?	419
IV. Zulässigkeit und Grenzen ebenenübergreifender Verwaltungskooperation	420
1. Strukturelle Parallelen und Unterschiede zwischen europäischem und deutschem Verfassungsrecht	420
2. Primärrechtliche Grundlagen des europäischen Verwaltungsverbundes	421
3. Gemeinschaftsaufgaben und Verwaltungszusammenarbeit von Bund und Ländern	422
V. Klausurhinweise	423
1. Klausurrelevante Themen und Fragestellungen	423
2. Aufbauhinweise und eigenständige Entwicklung von Prüfschemata	424
<b>§ 17. Rechtsprechung</b>	425
I. Gerichtliche Kompetenzen	425
1. Das Rechtsprechungsmonopol	426
2. Justitiabilität hoheitlichen Handelns	426
a) Rechtsschutzgarantie und korrespondierende Kompetenzen	427
b) Kompetenztableau des Europäischen Gerichtshofs	427
3. Der „Rechtsprechungsverbund“ der Verfassungsgerichte	428
4. Normverwerfungskompetenzen	429
a) Bundesverfassungsgericht	430
b) Europäischer Gerichtshof	431
II. Ausgewählte Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht	431
1. Grundschemata zum Verfassungsprozessrecht	431
2. Organstreitverfahren	433
a) Standort und Funktion	433
b) Prüfung in der Klausur	433
aa) Parteifähigkeit (auch: Antragsberechtigung) von Antragsteller und Antragsgegner	433

bb)	Streitgegenstand . . . . .	435
cc)	Antragsbefugnis . . . . .	436
dd)	Passive Prozessführungsbefugnis . . . . .	437
ee)	Rechtsschutzbedürfnis . . . . .	437
ff)	Form und Frist . . . . .	437
gg)	Begründetheit . . . . .	437
3.	Abstrakte Normenkontrolle . . . . .	438
a)	Standort und Funktion . . . . .	438
b)	Prüfung in der Klausur . . . . .	439
aa)	Antragsberechtigung . . . . .	439
bb)	Antragsgegenstand . . . . .	439
cc)	Antragsbefugnis . . . . .	440
dd)	Form und Frist . . . . .	441
ee)	Verfahren . . . . .	441
ff)	Prüfungsmaßstab und Begründetheit . . . . .	441
4.	Konkrete Normenkontrolle . . . . .	442
a)	Standort und Funktion . . . . .	442
b)	Prüfung in der Klausur . . . . .	443
aa)	Vorlageberechtigung . . . . .	443
bb)	Vorlagegegenstand . . . . .	443
cc)	Vorlagebefugnis . . . . .	444
dd)	Form und Frist . . . . .	446
ee)	Verfahrensfragen . . . . .	446
ff)	Begründetheit . . . . .	446
III.	Verfahren vor dem Europäischen Gerichtshof . . . . .	447
1.	Nichtigkeitsklage . . . . .	447
a)	Standort und Funktion . . . . .	447
b)	Prüfung in der Klausur . . . . .	448
aa)	Beklagte Unionsorgane . . . . .	448
bb)	Anfechtbare Unionsakte/Klagegegenstand . . . . .	448
cc)	Klagebefugnis . . . . .	449
(1)	Privilegierte Kläger (Art. 263 Abs. 2 AEUV) . . . . .	449
(2)	Teilprivilegierte Kläger (Art. 263 Abs. 3 AEUV) . . . . .	449
(3)	Nichtprivilegierte Kläger (Art. 263 Abs. 4 u. 5 AEUV) . . . . .	449
dd)	Klagegrund . . . . .	450
ee)	Klagefrist und ordnungsgemäße Klageerhebung . . . . .	450
ff)	Zuständigkeit von EuGH bzw. EuG . . . . .	450
2.	Vorabentscheidungsverfahren . . . . .	451
a)	Standort und Funktion . . . . .	451
b)	Prüfung in der Klausur . . . . .	452
aa)	Vorlageberechtigung . . . . .	452
bb)	Vorlagegrund bzw. -gegenstand . . . . .	453
cc)	Entscheidungserheblichkeit . . . . .	453
dd)	Vorlagepflicht . . . . .	453
ee)	Ordnungsgemäße Vorlage . . . . .	454
c)	Entscheidungsinhalt . . . . .	454
d)	Der Europäische Gerichtshof als (deutscher) gesetzlicher Richter . . . . .	454

3. Vertragsverletzungsverfahren	455
a) Standort und Funktion	455
b) Prüfung in der Klausur	455
aa) Parteifähigkeit	455
bb) Klagegegenstand	456
cc) Durchführung eines Vorverfahrens	456
(1) Aufsichtsklage (Art. 258 Abs. 1 AEUV)	456
(2) Klage gegen einen anderen Mitgliedstaat (Art. 259 Abs. 2 AEUV)	456
dd) Klagebefugnis	457
ee) Klagefrist	457
ff) Ordnungsgemäße Klageerhebung	457
gg) Rechtsschutzinteresse	457
hh) Begründetheit	457
IV. Klausurhinweise	458
1. (Bundes-)Organstreitverfahren (Art. 93 Abs. 1 Nr. 1 GG, §§ 13 Nr. 5, 23 Abs. 1, 63ff. BVerfGG)	458
2. Abstrakte Normenkontrolle durch das Bundesverfassungsgericht (Art. 93 Abs. 1 Nr. 2 GG, §§ 13 Nr. 6, 23 Abs. 1, 76ff. BVerfGG)	458
3. Konkrete Normenkontrolle durch das Bundesverfassungsgericht (Art. 100 Abs. 1 S. 1 2. Alt. GG, §§ 13 Nr. 11, 23 Abs. 1, 80ff. BVerfGG)	459
4. Nichtigkeitsklage nach Art. 263 f. AEUV	459
5. Vorabentscheidungsverfahren nach Art. 267 AEUV	460
6. Vertragsverletzungsverfahren nach Art. 258 f. AEUV	461
Sachverzeichnis	463

**beck-shop.de**  
DIE FACHBUCHHANDLUNG